



Fotos: Andrea Gerbode, Andreas Faensen-Thiebes, Angela von Lüthre, Norbert Prauser

MEHR STADT BRAUCHT MEHR NATUR

Grüne Orte in der Stadt sind kein Luxusnickschnack, sondern essenziell für das Wohnen und Zusammenleben. Das erleben wir während der Ausgangsbeschränkungen. Doch so wichtig die grünen Freiflächen sind, sie werden in Berlin und Brandenburg weniger statt mehr. Bringt die „Charta für das Berliner Stadtgrün“ nun die Wende?

Vor 14 Jahren verabschiedete das Berliner Abgeordnetenhaus mit der Lokalen Agenda 21 das Ziel, bis 2030 die Netto-Versiegelung auf null zu senken, also keine Fläche mehr zu beanspruchen oder für jeden Quadratmeter neu versiegelten Boden einen Quadratmeter neu versiegelten Boden einen Quadratmeter zu entsiegeln. Was ist seither passiert? Der Finanzkrise 2007/08 folgte der Bauboom. Mehr als 90.000 Wohnungen wurden in den Jahren 2009 bis 2018 gebaut, zwischen 2000 und 2009 waren es mit 46.500 gerade einmal halb so viel. Dazu kamen in den Zehnerjahren knapp 19.000 Nichtwohngebäude: Hotels, Einkaufszentren, Bürogebäude, Discounter, Fachmärkte und Logistikgebäude, meistens durch großzügige Abstellmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge ergänzt. Sowohl innerhalb des S-Bahnringes als auch außerhalb entstanden ganze Neubauviertel, gleichzeitig schloss sich eine Baulücke nach der anderen. Nicht selten fielen den Bauprojekten kleinere oder größere grüne Oasen zum Opfer, wie Berliner*innen aus allen Kiezen beobachten mussten.

Tempelhof-Volksentscheid als Warnsignal

Parallel dazu verlief allerdings eine zweite Entwicklung: Die Stadtgesellschaft begann sich gegen den Flächenfraß zu wehren. Das wohl stärkste Signal ging am 25. Mai 2014 vom gewonnenen Volksentscheid zum Erhalt des Tempelhofer Felds aus, als eine große Mehrheit in allen Bezirken die als soziale Wohltat angepriesene Bebauung ablehnte. Am selben Tag lehnten die Wahlberechtigten von Charlottenburg-Wilmersdorf die Bebauung der Kleingartenkolonie Oeynhausen ab. Dass auf der Hälfte dieser Fläche nun dennoch über 970 Miet- und Eigentumswohnungen (zwei Zimmer ab 427.000 Euro) errichtet werden, hat mit Schadensersatzdrohungen des Finanzinvestors Lorac in Millionenhöhe zu tun, der das Areal mit umstrittenem Baurecht für einen mittleren sechsstelligen Betrag vom Staatsunternehmen Deutsche Post AG erst wenige Jahre zuvor erworben hatte. Auch als

Folge solcher Vorgänge gibt es längst keinen Konsens mehr darüber, dass Neubau überhaupt den Wohnungsmangel beseitigen kann (siehe dazu Interview auf Seite 3).

Angesichts dieser Stimmung versprach die rot-rot-grüne Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung von 2016 eine „Charta für das Berliner Stadtgrün“. Diese liegt nun im Entwurf vor und soll, wenn die Corona-Krise nicht alle Pläne über den Haufen wirft, in den nächsten Monaten zusammen mit einem flankierenden Handlungsprogramm vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden.

Was wird diese Charta voraussichtlich leisten? Sie definiert erstmals, wie viel Erholungsfläche den Berliner*innen rechnerisch zustehen soll, nämlich 13 Quadratmeter pro Kopf, und wie weit sie entfernt sein darf (je nach Größe der Anlage bis zu 1,5 Kilometer). Wie viel davon unversiegelt sein muss, bleibt allerdings offen.

Wie verbindlich ist die Charta?

Anders als die Lokale Agenda 21 von 2006 nennt die Charta nicht das Null-Hektar-Versiegelungsziel. Wie soll sie nun konkret die Vernichtung von Stadtgrün verhindern? Ihr begleitendes Handlungsprogramm nennt einige Maßnahmen. Erstens: Das Land soll Flächen für das Grundgerüst der „grünen Infrastruktur“ kaufen, allerdings ist nicht klar, um welche es sich im Einzelnen handelt. Zweitens: Eine eigene Task Force soll sich darum kümmern, dass Schutzgebiete schneller ausgewiesen werden als bisher; das Planwerk „Landschaftsprogramm“ sieht für Dutzende Flächen den Status als Landschafts- oder Naturschutzgebiet vor. Drittens soll eine Klausel in die Grünflächen- und Waldgesetze eingefügt werden, nach der das Abgeordnetenhaus künftig zustimmen muss, wenn gewidmete Grünanlagen und Wälder in Bauland umgewandelt werden sollen.

Diese drei prominenten Maßnahmen sind ebenso wie der Rest der „Charta für das Stadtgrün“ für sich gesehen nicht schlecht, helfen aber nur bedingt beim zentralen Problem, nämlich dass kostbare Stadtnatur weiterhin bebaut werden kann. Was tun? Zu allererst muss verbindlich festgehalten werden, welche Flächen unter dem Schutz der Charta stehen. In einem zweiten Schritt müssen all jene Charta-Flächen, die bislang keinerlei Schutz genießen, gesichert werden. Zudem muss das Land Schutzvereinbarungen mit den Grundstücksbesitzern treffen, häufig gehören die Flächen landeseigenen Unternehmen wie Wohnungsbaugesellschaften und Krankenhausbetreibern oder aber der bundeseigenen Bahn.

Parkplätze zu Parks

Wenn es nun gelingt, die „Charta für das Stadtgrün“ mit harten, verbindlichen Schutzmaßnahmen zu kombinieren, kann sie anders als die Agenda 21 von 2006 ein Meilenstein im Kampf gegen die Flächenversiegelung werden und Vorbildfunktion über die Stadtgrenze hinaus entwickeln. Zum Beispiel für Brandenburg, wo 2019 eine ähnlich rege Bautätigkeit wie in Berlin herrschte. Allein in den ersten neun Monaten des Jahres wurden über 10.000 Neubauwohnungen genehmigt, die meisten davon im nach außen wachsenden Speckgürtel und etwa die Hälfte als Einfamilienhäuser.

Für Brandenburg wie für Berlin muss es in Zeiten einer wachsenden Wohnbevölkerung nicht mehr nur um den Erhalt, sondern um die Vermehrung der Stadtnatur gehen. Da die Flächen begrenzt sind, müssen wir uns von einigen nicht mehr zeitgemäßen Nutzungsarten verabschieden. In diesem Sinne heißt das Motto der nächsten Jahre: Parkplätze zu Grünanlagen, Discounter-Flachbauten zu Stadtwäldchen, Autobahnen zu Wohnungsbauland. *sp*

www.stadtbrauchtgruen.de

INHALT

Thema Grünes Wachstum

Wie hältst du es mit Tesla?
Seite 2

„Wenn Neubau alle Problem löste, gäbe es in Berlin längst keinen Wohnungsmangel mehr“: Interview mit Daniel Fuhrhop
Seite 3

AKTUELL

Ein guter Frühling für Insekten?
Seite 4

Müllverbrennung ist nicht die Lösung
Seite 4

Es wird Zeit für die Stammbahn: Wie der Pendlerverkehr auf die Schiene kommt
Seite 5

Klimaschutz ganz praktisch: BUND qualifiziert Klinikbeschäftigte zu Klimamanager*innen
Seite 5

BUNDJUGEND

Corona weltweit: Eine Chance für mehr „Wir“-Gefühl
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Spaziergänge in Krisenzeiten
Seite 7

ÖKOTIPP

Torffrei gärtnern – Moore schützen!
Seite 7

KURZ & BUND

Stadt braucht Grün
Seite 8

Foto-Challenge: Das kann weg!
Seite 8

Grünes Wachstum in Zahlen
Seite 8

INFO

BAUMFÄLLUNGEN

In Brandenburg fallen immer mehr Straßenbäume der Säge zum Opfer.

Ausgerechnet in der Lindenstraße ließ die Stadtverwaltung von **Jüterbog** 20 Linden fällen, um die Straße zu sanieren.

Die Fällung von 50 Alleebäumen an der Teltower Straße in **Teltow-Ruhlsdorf** konnte der BUND vorübergehend stoppen, aber leider nicht verhindern. Die bis zu 150 Jahre alten, aber standfesten Eichen mussten einer vorgeblich der Straßenverkehrssicherheit dienenden Fahrbahnverbreiterung weichen. Nach Auffassung des BUND verstießen die Fällungen gegen das Naturschutzrecht. Der Landesstraßenbetrieb hatte nicht begründet, warum er die negativen Stellungnahmen der Naturschutzverbände nicht berücksichtigt hatte.

Einen Erfolg gibt es aus dem Trebbiner Ortsteil **Stangenhagen** zu vermelden. Dort hatten sich engagierte Bürger*innen an eine 300 Jahre alte Eiche gekettet und so ihre unmittelbar bevorstehende Fällung verhindert. Außergewöhnlich an dem Fall ist, dass auch der Bauherr, der dort ein Einfamilienhaus errichten will, die Eiche eigentlich nicht fällen wollte, entsprechende Planungen aber nicht genehmigt wurden.

CHARTA FÜR DAS BERLINER STADTGRÜN

Selbstverpflichtung des Landes Berlin in der Entwurfsfassung der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz von Mitte März 2020: www.kurzlink.de/charta-stadtgruen

HANDLUNGSPROGRAMM BERLINER STADTGRÜN 2030

Zur Konkretisierung der Charta für das Berliner Stadtgrün hat der Senat ein Handlungsprogramm vorgesehen. Entwurfsfassung der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz von Mitte März 2020: www.kurzlink.de/h-programm

WIE HÄLTST DU ES MIT TESLA?

In der Debatte um die „Gigafabrik“ werden immer wieder Dinge durcheinander geworfen: die konkreten Vor- und Nachteile des Standortes bei Grünheide einerseits und das grundsätzliche Für und Wider der Elektromobilität andererseits.

Wenn wir die Klimaziele erreichen und eine nachhaltigere Lebensweise etablieren wollen, müssen wir insgesamt ein Drittel weniger Energie verbrauchen als heute. Das bedeutet deutlich weniger private Autos. Dennoch wird es 2050 noch private Pkw geben, wenn auch nicht mit fossilen Verbrennungsmotoren. Diese Autos müssen irgendwo gebaut werden.

Elektroautos sind nicht per se umweltfreundlich und Verbrennungsmotoren eins zu eins durch Elektromotoren zu ersetzen, ist kein Beitrag zur Verkehrswende. Einen Vorteil bringen E-Autos nur, wenn ihr Strom aus zusätzlichen erneuerbaren Quellen stammt, wenn ihre Energie- und Ressourcenbilanz in der Herstellung stimmt, wenn sie leicht und sparsam daherkommen und wenn sie gemeinschaftlich als Teil einer verkehrsträgerübergreifenden Mobilität genutzt werden. Dennoch hat die Tesla-Produktion in Deutschland, der Heimat der Verbrennungsmotoren, symbolische Bedeutung. Aber diese Diskussion gehört nicht zum aktuellen immissionschutzrechtlichen Verfahren. Hier geht es um die konkreten Anforderungen an den Standort.

Grundsätzlich begrüßt der BUND die Ansiedlung von Tesla am südöstlichen Stadtrand von Berlin. 12.000 neue Arbeitsplätze in einer zukunftsträchtigen Branche sind ein Zeichen dafür, dass der Kohleausstieg in Brandenburg nicht zur Deindustrialisierung führen muss. Allerdings müssen für Tesla die gleichen Regeln gelten wie für alle anderen Unternehmen. Leider merkt man den Genehmigungsunterlagen den extremen Zeitdruck an, unter dem sie erstellt wurden. Zusammen mit den anderen Naturschutzverbänden in Brandenburg hat der BUND eine umfangreiche und kritische Stellungnahme erarbeitet und ins Verfahren eingebracht.

Flächennutzung: Das Gelände neben dem Güterverkehrszentrum Freienbrink bei Erkner ist bereits seit 20 Jahren als Industriegebiet ausgewiesen. Tesla hat sich dazu verpflichtet, die dreifache Fläche des bisherigen Kiefernforsts an anderer Stelle durch Erstaufforstung mit Laubbäumen und durch Umwandlung von Kiefernforsten in Laubmischwälder auszugleichen. Die Flächenagentur Brandenburg hat dafür mehrere über das Land verteilte Gebiete vorgesehen. Die Tesla-Ansiedlung beschleunigt damit den zur Klimaanpassung nötigen Waldumbau. Das ist positiv.

Wasser: In den Genehmigungsunterlagen bezifferte Tesla den maximalen Wasserbedarf des Werks auf maximal 3,3 Millionen Kubikmeter im Jahr, was fast dem siebenfachen Verbrauch einer Stadt wie Erkner entspricht. Nach Protesten aus der wasserarmen Region besserte Tesla nach. Weil nun statt Wasser Luft zur Kühlung genutzt werden soll, verringert



Foto: Sebastian Perlich

Unabhängig von Teslas Gigafactory ist Elektromobilität nur unter bestimmten Bedingungen wirklich umweltfreundlich.

sich der Wasserbedarf um ein Drittel. Dies sind bisher aber nur mündliche Zusagen, in den Antragsunterlagen findet sich davon noch nichts. Eine Lehre aus dem Verfahren ist bereits jetzt, dass der Wasserhaushalt in Brandenburg zum begrenzenden Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung werden kann.

Energieversorgung: Medienberichten zufolge wählte Tesla Brandenburg auch wegen des hohen Anteils erneuerbarer Energien als Standort. Wenn das Unternehmen klimaneutral produzieren will, reicht es nicht, nur Ökostrom am Strommarkt zu kaufen. Vielmehr muss der benötigte Strom mit neu installierten erneuerbaren Energien erzeugt werden. Dafür fehlt aber bislang jedes Konzept.

Beteiligungsverfahren: Unabhängig von dem regulären Beteiligungsverfahren kontaktierte der US-Autobauer Umweltverbände. Dies führte auch zu den geplanten Waldumbaumaßnahmen und ist positiv hervorzuheben. Dass Tesla eine vorzeitige Genehmigung für die Waldrodung und Fundamenterrichtung beantragte, macht dagegen keinen guten Eindruck. Der Klage der Grünen Liga und eines bayerischen Vereins aus dem Klimaleugner*innen-Milieu, die die Rodung zeitweilig unterbrach, schloss sich der BUND aber nicht an. Denn ein Fällstopp hätte gravierende Folgen haben können, wenn sich die Arbeiten dadurch in die beginnende Vegetationsperiode verschoben hätten. Klar ist aber auch: Die Klage der Grünen Liga war völlig legitim. Verbandsklagen dienen der Prüfung, ob geltendes Recht eingehalten wird. Wenn Umweltverbände klagen, führt dies selten dazu, dass Vorhaben scheitern – sehr oft aber dazu, dass zugunsten des Umwelt- und Naturschutzes nachgebessert wird. Ob der BUND gegen das Vorhaben klagt, entscheidet er erst nach Abschluss der immissionsrechtlichen Planungen.

Es ist also noch sehr viel offen im Verfahren um diese konkrete Industrieansiedlung. Der BUND will die Verkehrswende voranbringen. Wir dürfen mobilitätspolitische Auseinandersetzungen aber nicht mit dem Immissionschutzverfahren zum Fabrikstandort in Grünheide verwechseln.

BUND-Hintergrundpapier zur Tesla-Fabrik: www.kurzlink.de/tesla

Stellungnahme der Naturschutzverbände: www.kurzlink.de/tesla-stellung

EDITORIAL

von **Carsten Preuß, Verena Graichen, und Franziska Sperfeld**



Liebe Leser*innen!

So einen Frühling wie diesen hat niemand von uns bisher erlebt. Draußen blüht und grünt es wie es sich gehört, aber unsere außerhäuslichen Aktivitäten sind auf ein Minimum beschränkt. Zumindest ist das der Stand zum Redaktionsschluss dieser BUNDzeit an Ostern.

Ist es angesichts des grassierenden Corona-Virus der richtige Moment, sich mit einem Thema wie „grünem Wachstum“ zu beschäftigen? Wir finden ja, und zwar aus zwei Gründen. Erstens wird diese Krise irgendwann vorbei sein. Dann kommt es darauf an, die Wirtschaft so wiederaufzubauen, dass sie den Fortbestand des Planeten, so wie wir ihn kennen und lieben, nicht aufs Spiel setzt.

Zweitens benützen wir in dieser Ausgabe „grünes Wachstum“ wortwörtlich, denn es geht um die Stadtnatur, die nicht etwa schrumpfen, sondern ordentlich wachsen soll. Wie wichtig die vielen kleinen grünen Oasen sind, hat sich gerade in den vergangenen Wochen gezeigt. Wohnortnahe Parks, Uferstreifen, Wäldchen und Wiesen sind kein Luxus, sondern für das städtische Leben unverzichtbar – gerade dann, wenn „soziale Distanzierung“ angesagt ist. Der BUND wird sich daher weiter dafür einsetzen, dass das Stadtgrün wächst und gedeiht.

Blieben Sie gesund!

C. Preuß

Vorsitzender
BUND Brandenburg

V. Graichen

Vorsitzende
BUND Berlin

Franziska Sperfeld

Vorsitzende
BUND Brandenburg

„WENN NEUBAU ALLE PROBLEME LÖSTE, GÄBE ES IN BERLIN LÄNGST KEINEN WOHNUNGSMANGEL MEHR“

Buchautor Daniel Fuhrhop über Dogmen in der Baupolitik, Anreize zum Wohnraumteilen und Flächenverbrauch in schrumpfenden Gemeinden

BUNDzeit: Weil Berlin zwischen 2011 und 2016 um fast eine Viertelmillion Menschen gewachsen ist, sollen bis 2030 laut Stadtentwicklungsplan Wohnen 194.000 neue Wohnungen entstehen. Geht das ohne Neubau?

Daniel Fuhrhop: Das ist zwar schwer, aber vorstellbar. Allein schon deswegen, weil die Einwohnerzahl Berlins schon höher war, auch wenn das lang her ist. Wenn man schaut, wie viele Menschen allein auf über 80 Quadratmetern oder zu zweit auf über 120 Quadratmetern leben, dann sind das in Berlin zusammen 170.000 Wohnungen, die so groß sind, dass ein, zwei oder sogar drei Personen zusätzlich unterkommen könnten. Klar wollen einige allein in einer großen Wohnung oder in einem großen Haus leben, aber bei anderen hat es sich einfach so ergeben. Wenn man ihnen gute Angebote macht, könnte man Wohnraum in erheblicher Größenordnung gewinnen.

Im Moment ist es gar nicht so einfach, gute Angebote zu machen, weil eine kleinere Wohnung nach dem Umzug mehr Miete kostet als die jetzige ...

Der Umzug ist einer von drei wichtigen „U-Punkten“; die beiden anderen sind Untermieter vermitteln und Umbau erleichtern. Den Umzug zu ermöglichen ist das Schwierigste, weil es ein sehr großer persönlicher Schritt ist. Deshalb ist der Ansatz der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mit Wohnungstauschbörsen richtig. Allerdings gibt es bisher nur wenige Vermieter in Deutschland, zum Beispiel die SWSG in Stuttgart, die ihren Mietern garantiert, dass sie nach der Verkleinerung die alte Quadratmetermiete zahlen. Erst das schafft in Verbindung mit der Tauschbörse ein wirklich attraktives Angebot. Und angesichts der riesigen Kosten für neue Wohngebiete sollte die Stadt auch die Umzugskosten übernehmen und einen Blumenstrauß drauflegen.

Gibt es den Durchsickereffekt, von dem die Baufans sprechen – also dass günstigerer Wohnraum frei wird, wenn Wohlhabende in Neubau ziehen?

In einigen Fällen mag tatsächlich etwas „durchsickern“, aber angesichts der Geldflut der Investoren kommt es zu einem anderen Phänomen: Anleger kaufen sich Zweit- oder Drittwohnungen als Renditeobjekte, die nicht bewohnt werden. Investment vertreibt Menschen, wir haben keine Gentrification mehr, sondern Investification. Da kann man die Wut der Nachbarn schon gut verstehen, wenn dafür eine Brache oder ein Kleingarten verschwunden ist.

In der Politik sind zur Linderung der Wohnungsnot vermeintlich einfache Lösungen beliebt, etwa Flächen in öffentlichem Besitz möglichst schnell zu bebauen. Haben es Nutzungsänderungen oder Umbauten von Bestandsgebäuden schwerer, weil sie weniger spektakulär sind?

Da herrscht noch das Dogma, dass die Zukunft planbar und Bauen sozial sei. Dabei zeigt ein Bauprojekt nach dem anderen, dass das immer wieder schiefliegt. Wenn Neubau tatsächlich alle Probleme löste, gäbe es in Berlin längst kein Wohnungsmangel mehr, schließlich wird seit Jahrzehnten gebaut. Man sollte endlich akzeptieren, dass Neubau genauso kompliziert ist wie Umbau.

Welche politischen Instrumente eignen sich, um die Flächenversiegelung durch Neubau zu stoppen?

Ich nenne in der Neuauflage von „Verbietet das Bauen“ genau 100 Instrumente dazu. Um drei herauszugreifen: Erstens Bestandschutz für den Altbau, um Umbau zu erleichtern. Häufig ist es schwer, eine große Wohnung zu teilen oder eine separate Wohnung in einem Einfamilienhaus zu schaffen, weil dann in Sachen Schallschutz

oder Stellplätze die gleichen Anforderungen wie beim Neubau gelten. Zweitens: Eigentümern, die schlechte Erfahrungen mit Messies oder Mietnomaden gemacht haben, kann soziale Wohnraumvermittlung zur Seite stehen, indem sie als Zwischenmieter fungiert oder Garantien ausspricht, sodass sich Eigentümer wieder zu vermieten trauen. Das dritte Instrument richtet sich an ältere Menschen, die jemanden aufnehmen, der statt Miete zu zahlen im Haushalt, im Garten oder beim Einkaufen hilft. In Brüssel werden nach diesem Konzept jedes Jahr über 300 Wohnpaare aus Jung und Alt vermittelt. In Deutschland gibt es in 35 Städten solche Vermittlungsstellen, aber ausgerechnet in Berlin gibt es „Wohnen für Hilfe“ nicht.

In der Hoffnung, die Abwanderung zu stoppen, wird auch in schrumpfenden Gemeinden gebaut. Funktioniert das?

Leider ist der Flächenverbrauch proportional dort am größten, wo die Bevölkerung schrumpft. Wenn am Ortsrand neu gebaut wird, steht im Kern mehr leer und verfällt. So sieht es in vielen kleineren Orten in der Prignitz oder in der Uckermark aus. Ein österreichischer Architekt hat vorgeschlagen, dass jeder, der im Ortskern ein Gebäude besitzt und einen Bauantrag für einen selbstgenutzten Neubau am Ortsrand stellt, erst einmal eine Chancenprüfung für den Altbau machen lassen muss, um zu sehen, was dort eigentlich möglich wäre. Mit dem Ziel, lieber den Altbau in Ordnung zu bringen als am Rand zu bauen.

Viele denken bei den Umweltproblemen des Neubaus in erster Linie an Flächenverbrauch, weniger an zusätzlichen Verkehr und an den Energieverbrauch beim Abriss und beim Neubau. Wie könnten diese Aspekte mehr Beachtung finden?

Wir bräuchten eine ganzheitliche Energiebilanz bei jedem Bauprojekt, so wie es in der Schweiz schon lange üblich ist. Wenn nicht nur auf die Energieeffizienz beim Betrieb, vor allem beim Heizen, sondern auch auf den Energiebedarf beim Bau geschaut wird, sieht die Bilanz ganz anders aus. Manchen Altbau würde man nicht mehr abreißen, sondern sanieren.

Wie können Architekt*innen ihre Handschrift hinterlassen, wenn wir das Bauen verbieten?

Sie müssen sich keine Sorgen machen, wenn wir nicht mehr bauen. Gerade dann brauchen wir viel mehr Fantasie für Umbau und Umnutzung. Nehmen wir nur mal das ICC. Es wäre eine gigantische Aufgabe, hier eine gute Nutzung für die Zukunft zu finden.

Das Interview führte Sebastian Petrich



ZUR PERSON

Daniel Fuhrhop

Jahrgang 1967, Dipl.-Kaufmann. Gründete 1998 den Stadtwandel Verlag („Die Neuen Architekturführer“), wurde aber mit der Zeit immer kritischer gegenüber Neubau und verkaufte den Verlag 2013. Schrieb das Buch „Verbietet das Bauen!“ (2015, erweiterte Neuauflage 2020, gleichnamiger Blog); es folgten „Willkommensstadt“ (2016) und 2018 der Ratgeber „Einfach anders wohnen“. Seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

www.verbietet-das-bauen.de/buch

FLÄCHEN IM FOKUS

TEMPELHOFER FELD

Die zentrale grüne Freifläche Berlins ist infolge eines Volksentscheids gesetzlich vor Bebauung geschützt, aber SPD, CDU und allen voran die FDP machen Stimmung dafür, den Entscheid von 2014 rückgängig zu machen. Im FDP-Entwurf für ein Volksbegehren ist die vollständige Bebauung des Rands vorgesehen.

WALDOWALLEE

Auf dem früheren Areal des Bundesamts für Strahlenschutz in Karlshorst will die landeseigene Howoge 350 Wohnungen und eine Schule bauen. Zwei der sieben Hektar sind bewaldet. Eine örtliche Initiative will den Baumbestand erhalten und das Gelände für die Allgemeinheit öffnen.

JAHN-SPORTPARK

Seit 2014 gibt es Pläne, das Jahn-Stadion neben dem Mauerpark abzureißen und durch ein neues zu ersetzen. Die Machbarkeitsstudie für eine Inklusionssportstätte sieht vor, 240 Bäume zu fällen. Nach Protesten wird die Planung überarbeitet, zumindest die Bäume am Rand sollen stehen bleiben.

KARL-BONHOEFFER-NERVENKLINIK

Die landeseigene Krankenhausgesellschaft Vivantes schätzt das Gelände mit denkmalgeschützten Klinikgebäuden inmitten eines waldähnlichen Parks in Wittenau als grundsätzlich veräußerbar ein. Auf 45 Hektar haben sich wertvolle Höhlenbäume und andere Biotope angesammelt, für viele Tier- und Pflanzenarten ist es eines der letzten Refugien seiner Art in Berlin. Auf dem gesamten Gelände liegt bereits erteiltes Baurecht aus einer überholten Planung der 60er-Jahre.

SÜDGELÄNDE 2

Während der westliche Teil des ehemaligen Rangierbahnhofs Tempelhof seit 1999 als Naturpark Schöneberger Südgelände bekannt wurde, blieb der Teil östlich der Fernbahnstrecke bis heute schwer zugängliche Wildnis im Bahnbesitz. Im Rahmen des Neubaus der Dresdner Bahn wurden 2013 zahlreiche geschützte Arten festgestellt.

ARTENSTERBEN

Das Verschwinden von Arten und Lebensräumen in Brandenburg hat einen kritischen Punkt erreicht. Fast jede zweite Vogelart der Agrarlandschaft ist stark gefährdet und im Bestand rückläufig. Bei Rebhühnern und Kiebitzen verringerte sich der Bestand seit 1995 um 73 Prozent und 60 Prozent, bei Feldsperlingen um über 50 Prozent. Bei Hautflüglern sind 53 Prozent der Arten ausgestorben oder stark gefährdet. Und in Berlin? Hier sind mehr als ein Drittel der 4.756 unter Beobachtung stehenden Tier- und Pflanzenarten gefährdet oder bereits ausgestorben. Besonders bedroht sind Amphibien, Brutvögel und Wasser-, Blatthorn- und Prachtkäfer sowie die Pflanzengesellschaften der Moore.

SAVE BEES AND FARMERS

Synthetische Pestizide sollen in der EU-Landwirtschaft bis 2030 um 80 Prozent verringert und bis 2035 ganz abgeschafft werden. Die ersten Restriktionen sollen die gefährlichsten Stoffe betreffen. Das fordert die Europäische Bürgerinitiative „Save Bees And Farmers“. Die EU-Kommission muss sich mit dem Anliegen Europäischer Bürgerinitiativen befassen, wenn sie mindestens eine Million Unterstützungsbelegungen haben. Unterstützt werden können die Initiativen auch online.

aktion.BUND.net/fuer-agrarwende-und-artenvielfalt

ÖKOSTROM IN BERLIN

Braucht es wirklich eine weitere Website zu Ökostromanbietern? Der BUND findet: ja und hat eine Übersicht zu den in Berlin aktiven Ökostromlieferanten erstellt. Die Anbietertabelle präsentiert weniger als zehn Anbieter, manche mit und manche ohne Label. www.oekostrom-in-berlin.de



Übergabe von 73.052 Unterschriften an den Brandenburger Landtag im Januar

Foto: Initiative Artenvielfalt retten

EIN GUTER FRÜHLING FÜR INSEKTEN?

Umweltverbände, Landnutzerlobby und die rot-schwarz-grüne Koalition verhandeln über eine gemeinsame Gesetzesinitiative zum Artenschutz in Brandenburg. Über die Zulässigkeit der Volksinitiative „Artenvielfalt retten“ wird das Landesverfassungsgericht entscheiden.

Bis Ende Juni geben sich die Umwelt- und Naturschutzverbände auf der einen und die Landnutzerverbände auf der anderen Seite Zeit, um eine gemeinsame Linie für ein Gesetz zum Insekten- und Artenschutz zu finden. Beide Seiten hatten Ende letzten Jahres beziehungsweise im Januar Volksinitiativen zu diesem Thema eingereicht. An den Diskussionen wird auch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz teilnehmen. Dieses Vorgehen haben die beteiligten Verbände, darunter auch der BUND, mit den Regierungsfractionen von SPD, CDU und Grünen vereinbart.

Kernpunkte der Verhandlungen werden ein Verbot von synthetischen Düngemitteln und Pestiziden in Schutzgebieten sowie größere Abstände zwischen Gewässern und Ackerflächen sein. Diese zwei Punkte waren wesentliche Inhalte der auch vom BUND getragenen Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“, die 73.000 Brandenburger*innen mit ihrer Unterschrift unterstützt hatten. Unabhängig von den Verhandlungen mit den Landnutzer*innen wird sich das brandenburgische Verfassungsgericht mit dieser Volks-

initiative beschäftigen. Denn während der Landeswahlleiter die Volksinitiative für zulässig erklärte, kam der für diese Beurteilung nicht zuständige Parlamentarische Beratungsdienst des Landtags (PBD) zum entgegengesetzten Schluss. Dem schloss sich der Hauptausschuss des Landtags an und erklärte „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“ für unzulässig. Angeblich verstoßen einzelne Artikel des Gesetzesentwurfs gegen Bundes- und EU-Recht, zudem bündele er unzulässigerweise mehrere Forderungen.

Akzeptierte man dieses Koppelungsverbot, das nirgends als formales Zulässigkeitskriterium für die Volksgesetzgebung festgeschrieben ist, wäre es nicht mehr möglich, komplexe Lösungen für komplexe Probleme vorzuschlagen. In der Konsequenz hätte das Artenschutz-Bündnis mehrere Volksinitiativen starten müssen: eine zum Pestizid- und Düngeverbot in Schutzgebieten, eine zu Gewässerrandstreifen, eine zur Förderung ökologischer Landwirtschaft und so weiter. Weil dies eine effektive Volksgesetzgebung enorm erschwert, haben die Vertreter*innen der Volksinitiative „Artenvielfalt retten“ Klage beim Verfassungsgericht eingereicht.

MÜLLVERBRENNUNG IST NICHT DIE LÖSUNG

Stimmen aus Politik und Abfall- und Energiewirtschaft plädieren für mehr Müllverbrennung, um die Energieversorgung zu dekarbonisieren. Das ist ein Fehler. Erstens ist die „energetische Abfallverwertung“ nicht CO₂-neutral und zweitens gehen so wertvolle Rohstoffe für immer verloren.

Zwölf neue oder erweiterte Anlagen zur Verbrennung von Müll und oder aufbereitetem Abfall sollen in Deutschland gebaut werden. Damit können pro Jahr 2,6 Millionen Tonnen mehr Müll „verfeuert“ werden. Darauf machte der NABU bereits im Herbst in einer Studie aufmerksam. Das betrifft auch unsere Region. Im brandenburgischen Premnitz entsteht eine Müllverbrennungsanlage mit einer Kapazität von 150.000 Tonnen pro Jahr und in Berlin setzte sich die landeseigene BSR im Streit mit dem Senat durch und darf künftig am Standort Ruhleben mit 580.000 Tonnen 60.000 Tonnen mehr als bisher pro Jahr in den Ofen ihrer Anlage stecken. Außerdem diskutieren Senat und Vattenfall die „energetische Müllverwertung“ heiß, wenn es um den Berliner Ausstieg aus der Kohle geht.

Daher muss einmal wieder festgehalten werden: Müllverbrennung ist nicht klimaneutral. Rund 45 Prozent des CO₂-Ausstoßes bei der Müllverbrennung stammen aus fossilen Quellen, vor allem aus Kunststoffabfällen. Kein Wunder, denn von den 5,2 Millionen Tonnen Plastikmüll, die in Deutschland jährlich aus gewerblichen und haushaltsnahen Bereichen anfallen, wandern 3,15 Millionen Tonnen in die Müllverbrennungsanlagen.

Das Verbrennen von erdölbasierten Produkten ist nicht der einzige Grund für die negative Klimabilanz. Ebenso problematisch ist, dass wiederverwendbare Dinge und wiederverwertbare Stoffe dem Wirtschaftskreislauf für immer entzogen werden. Denn wenn Papier, Glas und Kunststoffe verbrannt werden, fehlen sie in der Kreislaufwirtschaft und müssen neu produziert werden. Das kostet in jedem Fall mehr Energie, als bei der Verbrennung gewonnen werden kann, wie das Beispiel Papier zeigt.

Der Heizwert von Papier liegt bei rund 15 Megajoule pro Kilogramm (MJ/kg), dieselbe Menge Energie erfordert aber auch die Produktion. Bei Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt die „energetische Verwertung“ nur etwa 5,3 MJ/kg Energie, von den bei Produktion und Verbrennung insgesamt eingesetzten 30 MJ/kg gehen also 24,7 MJ/kg verloren. Effizienter ist es, das Papier zu recyceln, denn dafür ist pro Kilo ein Energieaufwand von nur 8 MJ nötig. Dieses Prinzip lässt sich auf Glas und Kunststoffe übertragen.

Aber wenn Müllverbrennung nicht die Lösung ist, was dann? Die Wärmeversorgung muss zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Das geht, wenn Solarthermie, Abwärme, Abwasser und Erdwärme konsequent genutzt und die Gebäude (sozialverträglich!) energetisch saniert werden.

Positionspapier von BUND und anderen Verbänden zu Kohleausstieg und Wärmeversorgung in Berlin: www.kurzlink.de/waermewende



Foto: Chmre2, CC BY-SA 2.0, www.kurzlink.de/rcbyssa

Müllverbrennung ist kein Klimaschutz.



Quelle: Open Street Map

Die gestrichelte Linie markiert die historische Stammbahntrasse, die für den Regionalbahnverkehr reaktiviert werden soll.

ES WIRD ZEIT FÜR DIE STAMMBAHN

Wie kommt der Pendler*innenverkehr zwischen Berlin und dem südwestlichen Brandenburg auf die Schiene? Dazu gibt es nur eine sinnvolle Möglichkeit: die Reaktivierung der Stammbahn zwischen Griebnitzsee und Zehlendorf.

Seit das Bundesverkehrsministerium die Stammbahn als Regionalbahnverbindung in die Planung des sogenannten Deutschlandtakts aufgenommen hat, ist die Renaissance der ersten Bahnstrecke Preußens ein Stückchen realistischer geworden. Das ist dringend nötig, denn abgesehen vom Corona-bedingten Einbruch sind die Züge auf der Bahnverbindung über Wannsee überfüllt – und weitere Züge können dort nicht fahren, weil die Stadtbahn ab Charlottenburg total überlastet ist.

Wem es mit dem Klimaschutz ernst ist, muss nicht nur an die heutigen Fahrgäste denken, sondern auch an die, die derzeit noch mit dem Auto zwischen dem südwestlichen Brandenburg und Berlin pendeln. Dabei geht es nicht nur um Menschen aus Potsdam, sondern auch aus den Gemeinden der zweiten oder dritten Reihe bis nach Sachsen-Anhalt – und um die rund 70.000 aus Kleinmachnow/Stahnsdorf, den einwohnerstärksten Gemeinden Brandenburgs ohne eigenen Bahnanschluss.

Der Wiederaufbau der Stammbahn ruft auch Kritiker*innen auf den Plan. Ein örtliches Bündnis moniert, der zweigleisigen Strecke fielen 40 Hektar Wald zum Opfer. Zudem nutze sie Kleinmachnow und Stahnsdorf nichts, da keine Haltepunkte vorgesehen seien. Beide Behauptungen sind falsch. Die Flächeninanspruchnahme durch die Bahn liegt bei allenfalls zwölf Hektar und alle Planungen sehen Stationen in Kleinmachnow und Dreilinden/Europarc vor.

Als Alternative zur Stammbahn wird immer wieder das Industriegleis neben der S1 zwischen Zehlendorf und Wannsee genannt. Vermeintliche Vorteile: Der derzeit überwucherte Teil der Stammbahn zwischen Zehlendorf und Griebnitzsee könnte bleiben wie er ist, es müsste lediglich ein Bahnsteig in Zehlendorf reaktiviert werden. Ganz so einfach ist es nicht.

Am Industriegleis wäre wie an der Stammbahn Lärmschutz nötig und die Kapazitäten der eingleisigen Strecke reichen ebenso wenig aus wie die des Bahnhofs Wannsee, der schon heute ein Nadelöhr darstellt. Ohne die Fortführung bis zum Nord-Süd-Tunnel bringt eine Regionalbahn nach Zehlendorf wenig. Vor allem aber bliebe Kleinmachnow ohne Bahnanschluss. Da hilft auch der Vorschlag nicht, westlich von Wannsee eine Stichstrecke nach Dreilinden auf dem Korridor der ab 1953 weitgehend demontierten Friedhofsbahn zu bauen. Für die Reaktivierung dieser Trasse müssten ebenso wie bei der Stammbahn Bäume fallen, für den Naturschutz wäre nichts gewonnen.

Der BUND fordert einen frühzeitigen Dialog, um Interessen der Anwohner*innen und des Naturschutzes einzubinden und mögliche Konflikte zu vermindern.

Mehr zur Stammbahn und anderen Schienenkorridoren unter www.buendnis-schiene-bb.de

KLIMASCHUTZ GANZ PRAKTISCH

Der BUND qualifiziert Klinikbeschäftigte zu Klimamanager*innen. Das soll in den nächsten Jahren mindestens 100.000 Tonnen CO₂-Äquivalente einsparen.

Wie wichtig ein gut ausgestattetes und funktionierendes Gesundheitssystem ist, zeigt die derzeitige Corona-Pandemie nur allzu deutlich. Doch schon zu normalen Zeiten ist der Betrieb eines Krankenhauses eine anspruchsvolle Aufgabe, entspricht es mit Blick auf Energie- und Ressourcenverbrauch doch einer Kleinstadt. Ein Krankenhausbett verbraucht durchschnittlich rund 500 Liter Wasser am Tag und jährlich so viel Energie wie vier Einfamilienhäuser. Angesichts von über 1.900 Krankenhäusern mit zusammen etwa 500.000 Betten (ohne neu eingerichtete Corona-Hilfskliniken) verwundert es wenig, dass dem Gesundheitssektor etwa fünf Prozent der CO₂-Emissionen Deutschlands zuzurechnen sind.

Technische Optimierungen in den Kliniken bergen daher ein enormes Klimaschutzpotenzial. Daher verleiht der BUND seit 2001 das Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“. Seit 2019 geht er mit seinem Projekt „KLIK green – Krankenhaus trifft Klimaschutz“ einen Schritt weiter und bildet Klinikbeschäftigte zu Klimamanager*innen fort (derzeit kontaktlos über Webinare). Geplant ist, bis 2022 Klimamanager*innen in 250 Krankenhäusern und Reha-Kliniken zu qualifizieren, die wiederum Klimaschutzmaßnahmen in ihren Häusern umsetzen.

Neben energetischen Verbesserungen – am meisten Energie benötigen Kliniken für die Warmwasseraufbereitung – geht es in Fortbildungen um die IT-Infrastruktur, die Mobilität von Beschäftigten und Patient*innen, die Warenbeschaffung und nicht zuletzt auch um die Essenszubereitung, schließlich entsorgen die Krankenhäuser in Deutschland pro Jahr 65.000 Tonnen Lebensmittel. Für die Kliniken lohnt sich die Teilnahme an „KLIK green“ zum einen finanziell: Die

Energiekosten lassen sich mit Effizienzmaßnahmen bis zu zehn Prozent verringern. Zum anderen erfahren die Krankenhäuser in der täglichen Arbeit, welche gesundheitlichen Folgen der Klimawandel bereits heute mit sich bringt. Hitzeperioden wie im Sommer 2018 treffen nicht nur alte und kranke Menschen und machen diese anfälliger für Lungen- und Herz-Kreislaufkrankheiten. Auch das Krankenhauspersonal leidet zusätzlich unter diesen Arbeitsbedingungen.

Mehr zur Abfallvermeidung in Kliniken: umweltzoneberlin.de/2020/01/29

Der BUND Berlin führt das bundesweite Projekt KLIK green zusammen mit der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen und dem Universitätsklinikum Jena durch. Es wird vom Bundesumweltministerium mit Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert.

www.klik-krankenhaus.de

Hier steckt nicht nur Gesundheit, sondern auch Umweltschutz drin: Das Jüdische Krankenhaus gehört zu den Kliniken, bei denen sich Beschäftigte zu Klimamanager*innen fortbilden.



Foto: Sebastian Petrich

VELOKIDS

Die schulische Radfahrausbildung findet im Schonraum der Jugendverkehrsschulen und der Schulhöfe statt. Um sie aber für den Straßenverkehr fit zu machen, muss sie (auch) auf die Straße verlagert werden. Der BUND will jetzt zusammen mit der Verkehrswacht Berlin herausfinden, was nötig ist, damit die Schulen die Radfahrausbildung auf der Straße durchführen können, wie Eltern stärker einbezogen werden können und welche guten Beispiele es bundesweit dafür gibt. www.kurzlink.de/velokids

FUTURE PARTY LAB

Das Berliner Nachtleben geht durch eine schwere Zeit, etliche Clubs werden nach Ende der Zwangspause auf finanzielle Unterstützung ihrer Gäste angewiesen sein. Hilfe beim Crowdfunding bekommen die Gewinner*innen des Ideenwettbewerbs der Clubtopia-Initiative von BUND, Clubliebe und Clubcommission Berlin. Gefragt waren die besten Konzepte für das klima- und umweltfreundliche Nachtleben. Die Gewinner*innen werden Ende Juni bekanntgegeben. www.clubtopia.de

MEHRWEG-BERATUNG IN NEUKÖLLN

Der BUND sagt zusammen mit den Projektpartner*innen TU Berlin, Yesil Cember und Öko-Institut dem Einwegmüll in Neukölln den Kampf an. Im Rahmen von „Schön wie wir“ und vom Bezirksamt gefördert werden Markthändler*innen und KMU beraten, wie sie Mehrwegbecher, -besteck und -geschirr am besten in ihren Betriebsabläufen nutzen können. Das Projekt läuft bis Ende 2021.

ZUHAUSE REPARIEREN

Geschlossene Repair Cafés sind kein Grund, kaputte Dinge wegzuerwerfen. Auf Youtube gibt es Tausende Videos, die Reparaturvorgänge erklären. Schriftliche Demontage- und Reparaturanleitungen finden sich auf der Plattform ifixit, die sich auf Elektronik spezialisiert hat. de.ifixit.com



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

TERMINE

BERLIN

ACHTUNG!

Im Zuge der Corona-Krise wissen wir noch nicht, ob alle Veranstaltungen wie geplant stattfinden können. Du kannst Dich trotzdem für die Seminare anmelden. Alle Infos zum aktuellen Stand findest Du auf unserer Website unter www.BUNDjugend-berlin.de/termine

KRASSER STOFF – ALLES RUND UM TEXTILIEN

Kleidertausch, Nähcafé, Siebdruck, Upcycling – wir werden kreativ und finden neue Verwendung für alte Kleidung. 19.5.2020, 17 Uhr

JUGENDLEITER*INNEN-SCHULUNG (JULEICA)

Du arbeitest gern mit Kindern und Jugendlichen und möchtest eigene Seminare leiten oder Freizeiten betreuen? Dann werde Jugendleiter*in! 20.–24.5.2020

BUNDJUGEND SOMMERFEST

Wir laden alle Aktiven, Ehemaligen und Interessierten der BUNDjugend ein, mit uns gemeinsam zu feiern. 19.6.2020, 18:30 Uhr

GRUNEWALD-EXKURSION

Wir erkunden gemeinsam den Grunewald und lernen von einem Experten des BUND Berlin Interessantes zu Biodiversität und zum Ökosystem Wald. 20.6.2020, 12 Uhr

KOMMUNIKATIONS-GUERILLA & ADBUSTING

In zwei Workshops lernst Du, wie Du auf einfache Weise Werbung und verschiedene Kommunikationsstrategien für das Verpacken deiner eigenen politischen Botschaften nutzen kannst. 4.7.2020 & 11.7.2020.

ÄGYPTENAUSTAUSCH

Das Motto des diesjährigen Ägypten-Austauschs ist „Move it! Finding ways for future mobility“. Momentan ist noch nicht sicher, wann und wie der Austausch stattfindet. Du kannst dich trotzdem über unsere Homepage bewerben. August & September 2020

www.BUNDjugend-berlin.de
Weitere Termine:
www.BUNDjugend-brandenburg.de



Foto: pixabay

CORONA WELTWEIT – EINE CHANCE FÜR MEHR „WIR“-GEFÜHL

Von Laura Lange

Es ist Anfang April, als dieser Artikel entsteht, und Corona hat die Welt noch immer fest im Griff. Eine Schreckensnachricht aus Italien, Spanien und den USA folgt der anderen und in Deutschland herrscht Ungewissheit, ob das vergleichsweise gut funktionierende Gesundheitssystem einer weiteren Ausbreitung des Virus standhält. Dazu kommt die Angst um Angehörige aus Risikogruppen, die ungewohnte Isolation und bei nicht wenigen die berechtigte Sorge um das wirtschaftliche Überleben. Doch auch in dieser Situation kann es bereichernd sein zu erfahren, wie Menschen aus Ländern, die momentan nicht so stark im Fokus stehen, mit der Pandemie umgehen.

Wir haben für diesen Artikel mit unterschiedlichen Personen gesprochen. Eine von ihnen war Trung. Trung lebt in Vietnam und verlor durch die Krise ihre Stellung als Lehrerin. Sie weiß nicht, wann sie wieder arbeiten wird. So geht es vielen Menschen in Vietnam. Zwar ist die Wirtschaft noch nicht komplett heruntergefahren, viele Menschen können unter strengen Bedingungen ihrer Arbeit nachgehen, dennoch sind viele Personen gerade aus den ärmeren Bevölkerungsschichten auf Unterstützung anderer angewiesen. Trung bleibt jedoch auch unter diesen Umständen optimistisch: „Ich denke, die Gesellschaft ist während dieser Zeit stärker geworden [...]. Wir spenden und helfen Menschen in der Not soweit wir können. Generell glauben die meisten von uns, dass wir diese Krise gut überstehen werden.“

Woraus schöpft Trung ihren Optimismus? Woher kommt dieses Vertrauen? Während unserer Recherche meinen wir eine mögliche Antwort auf diese Fragen gefunden zu haben: Der Glaube, die Krise gut zu überstehen, fällt dort leichter, wo sich Menschen aufgehoben fühlen. In Vietnam zum Beispiel hat die Regierung von Anfang an Strategien vorbereitet, um die Menschen vor dem Virus zu schützen. Was passiert jedoch, wenn die Regierung nicht die erforderlichen Schritte einleitet? Dazu zwei Geschichten aus Ländern, wo es weitaus schwieriger ist, Vertrauen zu fassen:

„Unser Präsident ist ein Faschist. Er legt die Gesetze und Regelungen nicht so fest, wie sie der jetzigen Realität, in der wir leben, entsprechen sollten“, erzählt Viktor Ende März über den Umgang des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro mit der Corona-Krise. Viktor ist Arzt und weiß, wenn die Menschen nicht zuhause bleiben, blüht Brasilien nichts Gutes, denn schon jetzt, einen Monat nach dem ersten Corona-Fall, steht das Gesundheitssystem kurz vor dem Zusammenbruch. Trotzdem stelle der Präsident die Wirtschaft noch immer über das Wohl der Allgemeinheit. Diese Umgangsweise beeinflusse die Menschen: „Ich fühle mich im Stich gelassen“, berichtet Viktor. Indem der Präsident die Sorgen der Menschen als „Hysterie“ deklariert, nimmt er ihnen nicht nur das Recht, Angst zu haben, sondern auch den Gedanken, der dieser Tage so vielen Halt gibt: Wir stecken hier gemeinsam drin und gemeinsam kommen wir hier wieder heraus.

Eine junge Frau namens Amena weiß von dem Gefühl, das Viktor beschreibt. Amena lebt in Ägypten. Wie so viele andere Ägypter*innen lehnt auch sie das herrschende Regime ab. Massenverhaftungen, Korruption und die Verarmung der Bevölkerung haben das Vertrauen der Menschen in den letzten Jahren erschüttert. Nun kommt Corona hinzu und obwohl die Regierung im Ansatz versucht, die Situation zu verbessern, erzählen alleingelassene Ärzt*innen und das Pflegepersonal aus ägyptischen Kliniken eine andere Geschichte. Amena

schreibt, ihr größter Halt in dieser Situation der Unsicherheit sei ihr Mitbewohner und das Wissen, dass es dort draußen tolle Menschen gebe, an die sie sich immer gern erinnere.

Ein solcher Mensch könnte auch Teresa sein. Teresa lebt in Südafrika, wo weltweit die strengsten Regulierungen bezüglich Corona in Kraft sind. Hintergrund dieser Maßnahmen ist die Angst, die Krankheit könnte sich in den Townships, den Armenvierteln des Landes, festsetzen. Teresa erzählt, wie sie zusammen mit der Organisation Amava Oluntu versucht Konzepte zu entwickeln, um die aktuelle Situation zu verbessern. Sie weiß, es liegt nun an den Privilegierten, den anderen zu helfen. Diese Einsicht wünscht sie sich auch von anderen. Ihr Appell, „Es braucht einfach einen Umbruch beziehungsweise einen Neustart mit einem ‚Wir‘, das von uns allen global und gemeinsam ausgeht“, richtet sich auch an uns in Deutschland.

Was können uns diese Geschichten also mitgeben? Zum einen, dass Amena Recht hat: Es gibt dort draußen tolle Menschen. Wir haben vier von ihnen kennengelernt, die uns an ihren Gedanken teilhaben lassen. Zum anderen, dass es der Glaube an eine Gemeinschaft ist, der den Menschen derzeit Mut macht. Wir erfahren in Deutschland derzeit ein solches Gemeinschaftsgefühl, doch es liegt an uns, es über nationale Grenzen hinaus zu tragen. Schaffen wir das, dann sind wir für zukünftige Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Chancengleichheit bestimmt besser gerüstet als zuvor.

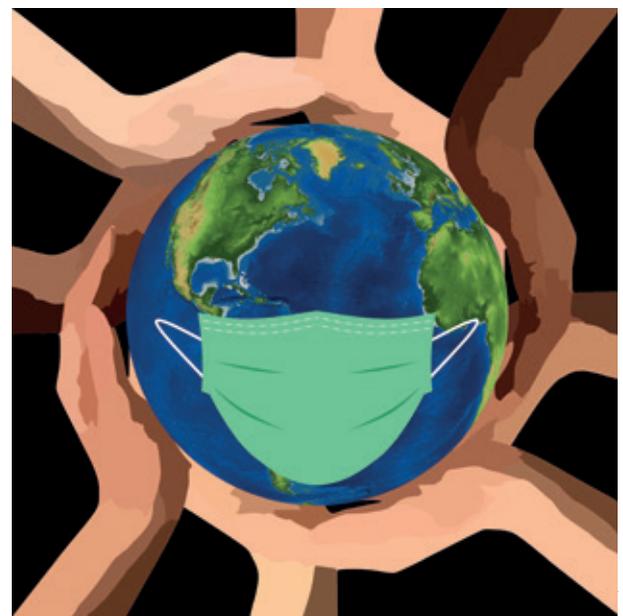


Foto: pixabay

Weiterlesen

Die vollständigen Interviews von Trung, Viktor, Amena und anderen jungen Menschen findest Du auf unserer Website unter

www.BUNDjugend-berlin.de/projekte/umweltjournalismus/corona-weltweit/





Selbst zu Ostern noch freie Parkbänke:
Grünanlage zwischen Teilestraße und A 100



Hanglage am
Autobahntunnelportal

Fotos: Sebastian Petrich

NATUR ERLEBEN

INFO

WIE WEITER AM HALLESCHEN TOR?

In den 2020er-Jahren wird sich am Halleschen Tor viel ändern. Neben der Amerika-Gedenk-Bibliothek entsteht ein Neubau für die Zentral- und Landesbibliothek, außerdem sollen sich hier zwei neue Straßenbahnlinien kreuzen (Schöne-weide-Hermannplatz-Potsdamer Platz und Alexanderplatz-Spittelmarkt-Mehringdamm). Wie lassen sich diese Planungen sinnvoll miteinander vereinbaren und gleichzeitig Fehler autofixierten 1950er-Jahre korrigieren? Darüber hat sich BUND-Verkehrsexperte Tilo Schütz Gedanken gemacht.
www.kurzlink.de/halle-tor

EINKAUFSRATGEBER MIKROPLASTIK

In welchen Kosmetikprodukten verstecken sich Mikroplastik und andere Kunststoffe? Darüber informiert der BUND-Einkaufsratgeber Mikroplastik, der im April aktualisiert wurde.
www.BUND.net/mikroplastik

STAUDENMARKT ONLINE

Der traditionelle Berliner Staudenmarkt im Botanischen Garten, auf dem auch der BUND immer präsent war, findet ab sofort virtuell statt. Auf der Seite des Staudenmarkts finden sich alle Händler*innen, die normalerweise auf dem „echten“ Staudenmarkt stehen. Einige Pflanzenanbieter*innen liefern aus, andere versenden oder stellen die Waren zur Abholung bereit.
www.berliner-staudenmarkt.de

PERSONALIE

WECHSEL IN DER SCHLAUBEMÜHLE

Nach vielen Jahren im BUND-Naturschutzzentrum verlässt Angelika Fritz die Schlaubemühle. Der BUND bedankt sich sehr herzlich für die hervorragende Arbeit und wünscht alles Gute für die Zukunft. Neue Leiterin ist Melanie Wachter.
www.BUND-Brandenburg.de/schlaubemuehle

SPAZIERGÄNGE IN KRISENZEITEN

Die Parks sind voll und in die Bahn Richtung jwd möchte man sich nicht setzen:
Bewegung mit Abstand im Grünen macht neue Pläne nötig.

Grünanlagen

An einem sonnigen Frühlingstag eine nur mäßig besuchte Grünanlage zu finden, dürfte in Corona-Zeiten eine der schwierigeren Freizeitaktivitäten sein. Tempelhofer Feld, Tiergarten und die großen Volksparks scheiden schon einmal aus und auch viele der kleinen Parks in den Kiezen sind oft zu voll. Wie also finden wir die B- und C-Promis unter den Grünanlagen? Hilfreich ist ein systematischer Blick auf openstreetmap.org mit Konzentration auf die grün grundierten Flecken – am besten in Gegenden, in denen wir momentan nicht so viele Menschen vermuten.

Zum Beispiel im Regierungsviertel. Da ist etwa die Reinhardtstraße, die den Beinamen „Straße der Verbände“ trägt. Wo sie die Albrechtstraße kreuzt, tut sich ein Pärkchen mit immerhin einer Tischtennisplatte auf. Für einen Spaziergang ist es zu klein, aber zum Glück führt hinter der ukrainischen Botschaft ein Fußweg auf den Campus der Humboldt-Universität, wo es sich entlang der Süd-Panke bequem zwischen verwaisten Institutsgebäuden spazieren lässt. Apropos Universität: An der FU in Dahlem ist derzeit auch nicht so viel los.

Oder wir suchen nach Faktoren, die den Aufenthalt in Grünanlagen weniger attraktiv machen, etwa Lärm – und werden an der Grenze zwischen Tempelhof und Neukölln fündig. Wo die Stadtringautobahn A 100 in den Untergrund abtaucht, entstand 1999/2000 als Ausgleich für den Autobahnbau der langgestreckte Carl-Weder-Park über dem Tunnel; etwas Rasenfläche, mehrere Spielplätze, ein paar Rosenstöcke, dazu einige mittlerweile 20 Jahre alte Kiefern und Birken. Westlich der Gottlieb-Dunkel-Straße bekam der Park 2013 eine Erweiterung, die von der hier wieder an die Oberfläche auftauchenden A 100 beschallt wird. Auch an den sonnigen Ostertagen herrschte hier kaum Publikumsverkehr.

Ufer

Es muss ja nicht immer Spree oder Landwehrkanal sein: In Berlin gibt es jede Menge weniger populäre Gewässer, zum Beispiel den Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal zwischen

Schleuse Plötzensee und Einmündung in die Havel. Am nördlichen Ufer laufen wir eine kleine Ewigkeit an Kleingartenanlagen vorbei, bis es nicht mehr weitergeht. Dann befinden wir uns auf einer Halbinsel im Tegeler See, die den klangvollen Namen „Auf der Hallig“ trägt. Ihre westliche Spitze gehört zum Naturschutzgebiet „Inseln im Tegeler See“. Von hier aus führt ein Uferweg in Richtung Norden nach Tegel. Falls dieser zu bevölkert ist, empfiehlt sich einer der vielen Waldwege durch den Forst Jungfernheide ebenfalls nach Tegel oder zum Flughafensee.

Ein weiteres Spaziergewässer im Norden Berlins und schöne Alternative zum allzu beliebten Tegeler Fließ ist der Nordgraben. Startpunkt ist der S-Bahnhof Tegel, von dem aus es parallel zur Bahn nordwärts geht, bis man hinter dem Tierfriedhof nach rechts auf den Uferweg am Nordgraben abbiegt. Diesem Kanal können wir nun kilometerweit bis zum Märkischen Viertel oder darüber hinaus folgen, etwa in die ausgedehnten Kleingartenkolonien von Rosenthal.

Kleingärten

Laubenpieperkolonien wirken zuweilen recht abgeschlossen, manchmal geradezu als exterritoriales Gebiet. Doch dieser Eindruck täuscht, wie schon aus den Verwaltungsvorschriften über Dauerkleingärten und Kleingärten auf landeseigenen Grundstücken hervorgeht. Dort heißt es gleich in Paragraf eins: „Dauerkleingarten- und Kleingartenanlagen sollen verstärkt auch der Erholungsfunktion für die Allgemeinheit dienen und sind daher öffentlich zugänglich zu machen.“ Auf den Wegen der Kleingartenkolonien spazieren zu gehen, ist also bestes Bürger*innenrecht. Ausgedehnte Kleingartentouren lassen sich unter anderem in Charlottenburg zwischen Spandauer Damm und Spree, in Friedenau am Priesterweg, in Karlshorst an der verlängerten Waldowallee und rund um den Britzer Garten unternehmen. *sp*

Gute Anregungen für Spaziergänge bietet auch das Netz der grünen Hauptwege: www.kurzlink.de/gruene-wege

ÖKOTIPP: TORFFREI GÄRTNERN – MOORE SCHÜTZEN!

Blumenerde ist das neue Klopapier, hieß es in den ersten schönen Frühlingstagen des Corona-Jahres, als sich lange Schlangen vor den Baumärkten bildeten. Sind Sie damals leer ausgegangen? Dann haben Sie damit der Umwelt möglicherweise einen Gefallen getan, schließlich enthalten die meisten Blumenerden im konventionellen Handel immer noch Torf. Der Torfabbau ist höchst problematisch, da er artenreiche Moore zerstört und das im Moor gespeicherte CO₂ freisetzt. Dabei bringt die torfhaltige Erde den Gärtner*innen noch nicht einmal handfeste Vorteile, weil sie keine Nährstoffe enthält, dafür den Boden aber versauert. Sie dominiert nur deshalb den Handel, weil sie so billig zu gewinnen ist.

Die Alternative zur torfhaltigen Erde sind Komposterde, Holzfasern und Rindenmulch. Eine Auswahl torffreier Erden finden Sie unter www.BUND.net/torffrei

Sollte nun auch die torffreie Erde zum Hamsterprodukt geworden sein, so bietet eine Wurmkompostkiste die Möglichkeit, den Einsatz der Blumenerde zu reduzieren. Um Würmer die Umwandlung von Küchenabfällen zu Humus übernehmen zu lassen, braucht es nicht mehr als eine Kiste mit Luft- und Entwässerungslöchern und natürlich Würmer, die dann mit Obst- und Gemüseabfällen gefüttert werden. Etwas Geduld ist allerdings auch nötig, denn der Prozess der Humusbildung dauert einige Wochen. Aber Vorsicht beim mittels Wurmkompost selbst generierten Humus: Sein Anteil in der Blumenerde sollte nicht mehr als 50 Prozent betragen.

Tipps und Tricks zum Umgang mit der Wurmkompostkiste unter www.kurzlink.de/wurmkompost



Foto: Sebastian Petrich

Moor im Grumsiner Forst

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V.
Crellestr. 35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de
und

Landesverband Brandenburg e.V.
Mauerstraße 1
14469 Potsdam
www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de
www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung des BUND wieder.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42
anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

Möller Druck und Verlag GmbH
www.moellerdruck.com

GESTALTUNG

sujet.design
www.sujet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

30.000
Gedruckt auf UltraMag Plus Silk, 100 % Recycling

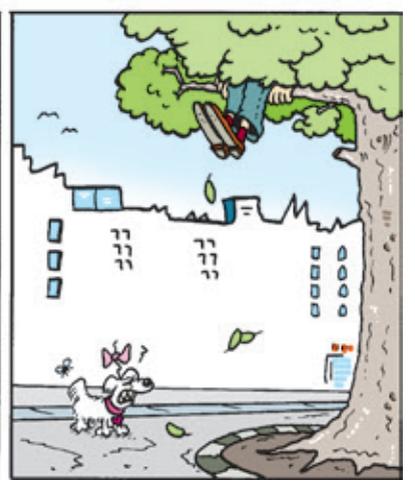
Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang August 2020. Anzeigenschluss ist der 20. Juni 2020.

SPENDENKONTO

BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE 51 1002 0500 0003 2888 00
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg
GLS Bank
IBAN:
DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



STADT BRAUCHT GRÜN!

Der Berliner Senat erarbeitet gerade zwar eine Charta für das Berliner Stadtgrün, die in Zukunft die Erhaltung und Entwicklung der grünen Räume sicherstellen soll, damit ist eine Garantie aber noch nicht gegeben (siehe dazu Seite 1). Der Charta-Entwurf ist bisher lediglich eine Chance für eine echte und verbindliche Sicherung des Berliner Stadtgrüns und seine naturnahe Pflege. Dies muss jetzt schnell konkrete Politik werden, bevor die Bauindustrie und die zuständigen Behörden Fakten schaffen: Die Bebauung weiterer Grünflächen muss gestoppt werden.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, brauchen wir Ihre Unterstützung. Machen Sie mit bei dem Aufruf an Berliner Senat und Abgeordnetenhaus!

www.stadtbrauchtgruen.de



FOTO-CHALLENGE: DAS KANN WEG!

Einerseits wollen Baulöw*innen Wohnhäuser auf grünen Flächen errichten, andererseits gibt es überall in Berlin und Brandenburg versiegelte Fläche, die schlecht genutzt ist: einstöckige Discounter, Baumärkte, Tankstellen, kaum nachgefragte Parkhäuser, überdimensionierte Straßen und natürlich Parkplätze, Parkplätze, Parkplätze ... Wäre es nicht sinnvoll, diese grauen Areale für den Wohnungsbau zu nutzen? Oder sie in Grünanlagen, Kleingärten und Spielplätze umzuwandeln? Der BUND findet: ja! Kennen Sie auch solche Fälle? Helfen Sie uns zu dokumentieren, was weg kann!

Schicken Sie uns Fotos von versiegelten Flächen, bei denen Sie sich eine ökologisch und sozial nachhaltige Nutzung vorstellen können. Bitte notieren Sie dazu den Ort, Ihre Idee einer Alternativnutzung und ob Sie mit einer Veröffentlichung (mit oder ohne Namensnennung) in BUND-Medien einverstanden sind. Mailen Sie bitte bis 31. Juli 2020 an Christian.Hoenig@BUND-Berlin.de

Die Ergebnisse veröffentlichen wir auf Facebook, Instagram und auf dem BUND-Blog www.umweltzoneberlin.de

GRÜNES WACHSTUM IN ZAHLEN

Bodenfläche in Brandenburg ...

| | |
|---|---|
| ... in Hektar: 2.965.443 | ... davon in Marzahn-Hellersdorf, in Hektar: 888 |
| ... davon Gebäude und Freiflächen, in Hektar (1992): 110.395 | ... davon in Lichtenberg, in Hektar: 842 |
| ... davon Gebäude und Freiflächen, in Hektar (2015): 130.998 | ... davon in Reinickendorf, in Hektar: 700 |
| ... davon Verkehrsfläche, in Hektar (1992): 97.222 | |
| ... davon Verkehrsfläche, in Hektar (2015): 110.165 | |
| ... davon Erholungsflächen, in Hektar (1992): 10.228 | |
| ... davon Erholungsflächen, in Hektar (2015): 29.204 | |

Wohnungen bzw. Einfamilienhäuser ...

| | |
|---|--|
| ... in Brandenburg (2017): 1.320.208 | |
| ... in Berlin (2017): 1.932.296 | |

Baugenehmigungen für Wohnungen bzw. Einfamilienhäuser ...

| | |
|--|--|
| ... in Brandenburg (2017): 16.302 | |
| ... in Berlin (2017): 24.743 | |

Grünanlagen in Berlin ...

| | |
|--|--|
| ... in Hektar (2014): 9.719 | |
| ... davon in Mitte, in Hektar: 675 | |
| ... davon in Friedrichshain-Kreuzberg, in Hektar: 187 | |
| ... davon in Pankow, in Hektar: 1.243 | |
| ... davon in Charlottenburg-Wilmersdorf, in Hektar: 677 | |
| ... davon in Spandau, in Hektar: 876 | |
| ... davon in Steglitz-Zehlendorf, in Hektar: 801 | |
| ... davon in Tempelhof-Schöneberg, in Hektar: 812 | |
| ... davon in Neukölln, in Hektar: 843 | |
| ... davon in Treptow-Köpenick, in Hektar: 1.173 | |

| | |
|------------------------------------|--|
| ... in Hektar (2018): 2.902 | |
|------------------------------------|--|

Kleingartenflächen in Berlin ...

Kleingartenflächen in Berlin, die laut Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 als Wohnbauflächen geprüft werden sollen ...

... in Hektar: **46**

Friedhofsflächen in Berlin ...

... in Hektar (2019): **1.090**

Ehemalige Friedhofsflächen in Berlin, die laut Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 als Wohnbaupotenziale ausgewiesen sind ...

... in Hektar: **38**

Landwirtschaftliche Flächen in Berlin, die in den letzten zehn Jahren für den Siedlungsbau versiegelt wurden ...

... in Hektar: **80**

Straßenbäume in Berlin ...

| |
|---|
| ... Stand Ende 2019: 431.101 |
| ... 2019 gefällte Bäume: 6.034 |
| ... 2019 neu gepflanzte Bäume: 3.050 |

Alleebäume in Brandenburg ...

| |
|---|
| ... 2018 gefällte Bäume: 5.001 |
| ... 2018 neu gepflanzte Bäume: 2.218 |

Quellen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Gemeinsames Statistikportal des Bundes und der Länder, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen



ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Einfach online ausfüllen: www.mithelfen.net – oder den nachfolgenden Coupon nutzen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (ab 60€)
 Ermäßigt (ab 24€)
 Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500€)

Name/Vorname _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) _____
 Telefon (wenn Sie möchten) _____
 E-Mail (wenn Sie möchten) _____

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem _____

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
 bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittsklärung an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@BUND-Berlin.de
BUND Brandenburg • Mauerstr. 1 • 14469 Potsdam • Fax 0331 70399799 • BUND.Brandenburg@BUND.net

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland



Kontoinhaber*in _____
 IBAN (oder Konto-Nr.) _____
 BIC (oder Bankleitzahl) _____
 Geldinstitut/Ort _____

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)
 BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift werden Sie Mitglied in BUND und erteilen Ihre Erlaubnis, den Mitgliedsbeitrag von Ihrem o.g. Konto einzuziehen. Ihre Mitgliedschaft können Sie jederzeit und ohne Angabe von Gründen beenden. Für Ihre Mitgliedschaft erfolgt – sofern Sie nichts Anderes bestimmen – eine regionale Zuordnung zum jeweiligen BUND-Landesverband aus dem Bundesland Ihres Wohnsitzes.

Der BUND (Bundesverband) erhebt und verarbeitet Ihre Daten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO im Rahmen der satzungsgemäßen Vereinszwecke für die Betreuung Ihrer Mitgliedschaft. Unter der Anschrift „BUND, Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin“ erreichen Sie auch dessen Datenschutzbeauftragten. Die Nutzung Ihrer Adressdaten für werbliche Zwecke erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Einer solchen Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.bund.net/datenschutz

BUNDzeit 02/2020